

Zunächst rufe ich laufende Nummer 30, **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5678**, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Kollegen Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe auf **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 31 **Drucksache 14/5679**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Kollegen Sagel bei Enthaltung der Fraktion der SPD mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe auf **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 32 **Drucksache 14/5680**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Kollegen Sagel bei Enthaltung der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe schließlich auf den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 33 **Drucksache 14/5681**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Änderungsantrag gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Kollegen Sagel bei Enthaltung der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 11** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5511**. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP bei Ablehnung der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und auch bei Ablehnung des fraktionslosen Kollegen Sagel so **angenommen**.

Ich rufe den Einzelplan 02 auf:

Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich eröffne die Beratung, weise auch hier auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 14/5502 hin und erlaube mir wie alle meine Vorpräsidenten darauf hinzuweisen, dass diejenigen, die den Saal verlassen wollen, dies bitte leise tun. Ferner weise ich auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, Ihnen vorgelegt als Tischvorlage mit den laufenden Nummern 34 bis 42.

Ich eröffne die Beratung zum **Teilbereich „Staatskanzlei und Europaangelegenheiten“** und erteile für die Fraktion der SPD zunächst dem Kollegen Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In fünf Minuten sind nur wenige Anmerkungen möglich; vier will ich machen.

Erste Anmerkung: Das, was wir im Einzelplan 02 an Haushaltsansätzen erlebt haben, wie sie ordentlich eingebracht worden sind und was dann über die Ergänzungsvorlage kam, ist ein enorm unheimlicher Vorgang. Anders kann man das nicht charakterisieren.

Steigerung von über 1.000 % für wissenschaftliche Beratung, die Errichtung eines Zukunftsrates, Veranstaltungen, und das alles durch die Hintertür einer Ergänzungsvorlage. Da können wir nur sagen: Wir haben ein schlechtes Beispiel im Hohen Hause unter der Überschrift „Kinderforum“ diskutiert, was Förderung von Veranstaltungen der Landesregierung anbelangt. Wir wollen nicht, dass mit dem Haushaltsentwurf anderen Beispielen Tür und Tor geöffnet wird.

Auch wenn ein Wettbewerb zulässig ist, Herr Minister Krautscheid, bei der Frage, wer am längsten gebraucht hat, einen Regierungssprecher zu installieren – ich weiß, dass wir im Augenblick noch knapp vorne liegen –, ist es so, wie die „Neue Rhein/Ruhr-Zeitung“ heute titelte: „Die Landesregierung ist nicht auf Sendung.“ Sie ist nicht sprachfähig. Wir sagen auch in staatlicher Verantwortung als Opposition: Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Zweite Anmerkung: Der Stabwechsel im Amt des Europaministers ist vor Kurzem erst erfolgt. Ich will an der Stelle noch einmal deutlich dem früheren Minister, unserem früheren Kollegen Breuer, für die faire Zusammenarbeit danken. Er hat eine ganze Reihe von europapolitischen Ansätzen – auch aus unserer Zeit – übernommen und fortgesetzt, also zu einem großen Teil gute Arbeit geleistet. Er hätte noch mehr europapolitische Arbeit leisten können, wenn er nicht so oft als Feuer-

wehrmann in der Landesregierung für den Ministerpräsidenten gefordert gewesen wäre.

Das führt mich zu der dritten Anmerkung, nämlich zu Herrn Minister Krautscheid. Natürlich: Die hundert Tage werden eingeräumt für den Einstieg in das Amt. Danach werden wir, wenn es notwendig ist, dann vom Florett zum Säbel übergehen, wenn es notwendig ist.

Ich will einige Anforderungen vortragen, die wir schon haben:

Erstens. Wir erwarten von Ihnen – vielleicht verhalten Sie sich anders als Herr Breuer in der Frage – endlich die Vorlage eines europapolitischen Arbeitsprogramms der Landesregierung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Sie haben dort schon fast klein beigegeben, aber wir raten der Landesregierung dringend, keine Luftschlösser zu produzieren, noch dazu gefördert durch die CDU-Fraktion, Frau Kollegin von Boeselager. Es ist ein Unding, die Forderung in den Raum zu stellen, sich als Land Nordrhein-Westfalen am neuen Benelux-Staatsvertrag zu beteiligen. Die Proteste aus den Niederlanden und aus Belgien haben deutlich gemacht, dass das überhaupt kein realistischer Weg ist.

Stattdessen kommt es darauf an, das zu stärken, was wir haben: die vorhandenen Euregios. Wir haben heute mit Herrn Staatssekretär Brendel über den kleinen Grenzverkehr in einer Euregio gesprochen, wo es über 600 Schülerinnen und Schülern nicht möglich ist, ohne Vorlage eines Kinderausweises oder -passes die Grenze zu überschreiten, um ein Bad aufzusuchen, welches für die Kinder einer Schule zudem zum Jahresabschluss gehört. Wenn wir im normalen Grenzverkehr in unseren Euregios noch nicht weitergekommen sind, dann ist es schlecht bestellt um die Situation dort, und wir müssen daran etwas ändern.

Dazu gehören auch Visionen. Ja, das sagen wir ausdrücklich: Die Vorstellung von einer starken westeuropäischen Region ist nicht etwas, was diese Landesregierung erfunden hat, sondern es ist eine alte Idee des ehemaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement, die weiterzuverfolgen Sinn macht.

Stichwort internationale Beziehungen: Ja, seit kurzer Zeit liegt ein entsprechendes Konzept der Landesregierung vor. Wir haben es eingefordert. Aber wir sagen auch hier: Sie müssen die notwendige Nacharbeit machen. Was ist an Nacharbeit, an konkreten Dingen erfolgt nach dem Be-

such des Ministerpräsidenten in Pennsylvania in den USA vor zwei Jahren? Welche Konsequenzen werden gezogen aus dem Japan-Jahr und den Erfahrungen, die dort durch viele Veranstaltungen und Kontakte gemacht worden sind?

Letzte Anmerkung: Ich sage es sehr vorsichtig und diplomatisch formuliert. Bei der Auswahl eines bestimmten afrikanischen Landes, zu dem Nordrhein-Westfalen nun besondere Beziehungen haben will, bedarf es schon einer anderen Begründung als der, die bisher erfolgt ist. Sonst ist die Auswahl sehr beliebig, und man begibt sich auf ein schwieriges diplomatisches Feld. Das bringt uns auch nicht weiter.

Gestatten Sie mir bitte eine allerletzte Anmerkung, weil die Förderung von Kinofesten und Kinofestivals auch im Einzelplan 02 zu finden ist. Das ist etwas, was mich auch örtlich berührt, die Heimatstadt des Kollegen Schmeltzer und meine Heimatstadt Lünen. Wir haben dort ein sehr erfolgreich laufendes Kinofest, das bislang aus Mitteln der Filmstiftung gefördert wird. Aber natürlich stellt sich die Frage – die hat sich auch gestellt durch den Besuch des Kollegen Jostmeier vor Ort –, ob dort nicht auch eine Förderung ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Wolfram Kuschke (SPD): ... mit Landesmitteln außerhalb der Mittel der Filmstiftung im Einzelplan 02 möglich ist.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist mittlerweile auch bei großzügiger Berechnung abgelaufen. Der Kollege Schmeltzer wollte Ihnen auch eine Zwischenfrage stellen.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Kollegin, wir sollten aber nicht unhöflich gegenüber dem Fragesteller sein.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sie haben keine Redezeit mehr, Herr Kollege Kuschke. Wenn Sie mich früher hätten zu Wort kommen lassen, hätte ich das vielleicht auch anders handhaben können.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin, ich bitte Sie.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Jemandem, der so treu gucken kann, kann man eigentlich keinen Wunsch abschlagen. Ich bitte Sie dann aber, es sehr kurz zu machen. – Bitte, Herr Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Kollege Kuschke, gibt es Ihres Wissens vergleichbare Festivals in Nordrhein-Westfalen, die mit Landesmitteln, mit Mitteln aus der Staatskanzlei, gefördert werden? Wir befinden uns ja in den Haushaltsplanberatungen. Können Sie nachvollziehen, ob sich das Signal, das der Kollege Jostmeier in Lünen in Richtung Kinofest abgegeben hat, irgendwie zukünftig im Haushalt widerspiegeln könnte?

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Kollege Schmeltzer, das ist in der Tat so. Wir haben eine Vielzahl von Festivals in Nordrhein-Westfalen. Ich denke, es sind sieben oder acht. Ein Beispiel ist das große Festival in Köln, das neben Mitteln der Filmstiftung auch Mittel aus dem entsprechenden Einzelplan bekommt. Das Gleiche ist in Marl und Oberhausen der Fall. Ich kann Ihnen da also nur zustimmen. Ich hoffe auch, dass dieses Signal, das der Kollege Jostmeier jetzt gegeben hat, wenn es denn eines war, von der Regierung aufgegriffen wird. Ich denke, ich kann für Sie, Herr Schmeltzer, mit formulieren, dass wir beide dieses Signal massiv unterstützen. – Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, für Ihre Geduld und Ihre Toleranz.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. – Für die Fraktion der CDU hat Frau Kollegin von Boeselager das Wort.

Ilka von Boeselager (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Herrn Kuschke haben wir auch immer Geduld, weil er ständig etwas zu kritisieren hat.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber er hat so treue Augen!)

Wir vermissen dann aber immer die Visionen, von denen er spricht. Aber was soll's?

Wir sind mit dem Einzelplan 02 und der heutigen Haushaltsberatung für die Staatskanzlei und die Bereiche Europa und Internationales sehr zufrieden. Wir haben eine sehr seriöse und solide Vorlage. Es ist in der Tat richtig, dass einschließlich des Nachtragshaushalts von 2007 der Etat um 13,4 Millionen € steigt.

Ich weise auch auf das hin, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, nämlich die Verdoppelung des Kulturförderetats. Wir können in Nordrhein-Westfalen stolz sein auf unsere kulturelle Vergangenheit und sollten uns dessen auch für die Zukunft bewusst sein. Insofern begrüße ich es sehr, dass wir den Kulturhaushalt enorm aufgestockt haben.

Herr Kuschke, Sie haben die Veränderung in der Staatskanzlei angesprochen. Mit der Föderalismusreform I wollten wir ja mehr Zuständigkeiten für die Länder erreichen. Die haben wir in verschiedenen Feldern bekommen. Ich denke an die Schulpolitik, an die Hochschulpolitik, das Thema Ladenschluss, das Gaststättenrecht und das Presserecht. Wenn wir hier mehr Kompetenzen haben und uns stärker einbringen wollen, bedarf es auch einer Erhöhung des Etats.

Den Repräsentationstitel für den Ministerpräsidenten haben wir ganz bewusst erhöht. Warum haben wir das getan? – Wir wollen sehr bewusst fördern, dass unser Ministerpräsident mit Auslandsreisen das Land Nordrhein-Westfalen nach außen repräsentiert, damit auch sehr viele neue wirtschaftliche Kontakte für das Land zustande kommen. Jürgen Rüttgers hat das mit seinen Reisen in die USA, nach Japan, nach Israel und auch nach Polen sofort in engagierter Weise angepackt. Ich halte es für richtig, dass wir das ausreichend fördern. Wir bleiben dennoch immer noch hinter dem Haushaltsansatz des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau von Anfang 1990 zurück. Ich will Bayern gar nicht ansprechen. Da ist der Ansatz wesentlich höher. Das, was wir hier machen, kann sich meines Erachtens sehen lassen.

Im Personalbereich finden wir im Haushaltsansatz sechs neue bis 2010 befristete Stellen. Es sind zwar sechs neue Stellen, aber ihre Befristung bis 2010 zeigt Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft. Im gleichen Ansatz fallen in 2007/2008 28 Stellen weg. Das kann man also nach außen gegenüber der Bevölkerung sehr wohl vertreten.

Gestatten Sie mir noch etwas zu Europa zu sagen. Es ist sehr richtig, dass wir in Zukunft in Brüssel mit einer neuen Landesvertretung anders aufgestellt sind, dass wir also das große Land Nordrhein-Westfalen auf eine neue Weise darstellen können und langfristig Kosten einsparen. Immerhin ist es auch für uns in diesem Plenum wichtig, dass wir uns als Vertreter des Landes in Brüssel demnächst besser wiederfinden werden.

Wir haben auch dadurch neue Akzente gesetzt, dass wir im kommenden Jahr Frankreich noch einmal ganz besonders hervorheben wollen. Die Zusammenarbeit mit Frankreich hat eine lange Tradition. Auch dafür haben wir noch einmal 500.000 € zur Verfügung gestellt. Es ist wichtig, dass wir zu einer sehr guten Partnerschaft finden.

Im kommenden Jahr gibt es in China Deutschlandwochen, und Nordrhein-Westfalen wird sich

dort darstellen. Auch das halten wir für richtig und wichtig.

Was möchte ich Ihnen noch sagen? – Sie haben eben das Thema Benelux angesprochen. Ich finde, wir hatten eine hervorragende Idee. Ich bin ganz sicher, dass wir in den nächsten Monaten – das wird sich zeigen – noch zu sehr intensiven Gesprächen kommen.

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

– Ob Ihnen das passt oder nicht, ist mir völlig egal. Das sage ich Ihnen hier. Es ist ausgezeichnet, dass wir zu einer breiten Zusammenarbeit finden. Das sind die Länder, die für uns wichtig sind. Davon lassen wir uns durch Sie gar nicht abhalten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Ilka von Boeselager (CDU): Ansonsten wünsche ich mir weiterhin eine gute Zusammenarbeit. Für konstruktive Vorschläge sind wir immer offen. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, vielen Dank. – Ich weise darauf hin, dass man sich, wenn dort „Ende der Redezeit“ steht, ein bisschen daran orientieren könnte. Zumindest auf einen treuen Blick lege ich Wert.

(Allgemeine Heiterkeit)

Als nächster Redner hat der Kollege Brockes für die Fraktion der FDP das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Reformprozess in der Europäischen Union ist endlich wieder in Bewegung gekommen. Das ist gut und wichtig für Nordrhein-Westfalen.

Aber genauso wichtig ist es, dass wir auch die Menschen nach Europa mitnehmen. Deshalb haben wir seitens der Koalitionsfraktionen gerade im vergangenen Jahr den Schwerpunkt darauf gelegt, die Bürgerinnen und Bürger mit nach Europa zu nehmen.

Wir haben hier viele Forderungen eingebracht, die auch in weiten Bereichen bereits umgesetzt wurden: Europa für junge Menschen erfahrbar machen, Europa in den Regionen erleben, die Europafähigkeit der Schulen stärken, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ehrgeizig als Motor für ein handlungsfähiges, bürgernahes und zukunftsfes-

tes Europa nutzen. Das sind nur einige Beispiele für das, was wir hier auf den Weg gebracht haben.

Auch die Landesregierung hat die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in Nordrhein-Westfalen und in Brüssel mit zahlreichen Veranstaltungen und Maßnahmen aktiv positiv begleitet. Die außenpolitischen Kontakte wurden unter Schwarz-Gelb intensiviert, und das Profil Nordrhein-Westfalens auf internationalem Parkett als wichtiger Teil Europas und als Global Player wurde geschärft.

Dafür möchte ich an dieser Stelle seitens unserer Fraktion insbesondere dem ausgeschiedenen Europaminister Michael Breuer ganz herzlich danken, genauso aber, stellvertretend für die gesamte Staatskanzlei, dem neuen Europaminister, Herrn Krautscheid, und den anderen Mitgliedern der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, wir kehren seit dem Regierungswechsel den Trend um, dass Nordrhein-Westfalen auf Brüsseler und auf internationaler Bühne keine seiner Bedeutung angemessene Bekanntheit und zu wenig Einfluss hat. Nordrhein-Westfalen hat alle Gründe, sich als wirtschaftlich größte Region in Deutschland und in Europa in Brüssel selbstbewusst zu präsentieren und zu positionieren. Nordrhein-Westfalen ist als wichtige Industrieregion und starker Wirtschaftsstandort im Herzen Europas von großer Bedeutung für die Europäische Union.

Auch im nächsten Jahr wollen wir NRW in Europa und auf der ganzen Welt wirkungsvoll ein Gesicht geben. Die Mittel für Europa und internationale Angelegenheiten werden daher im nächsten Haushaltsjahr um gut 850.000 € aufgestockt. Im Einzelplan 02 – Europa und Internationales – finden sich zahlreiche Maßnahmen zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit unseren europäischen Nachbarn und wichtigen Partnerländern in der ganzen Welt.

So pflegen wir weiter intensive und enge Beziehungen mit den uns eng verbundenen Beneluxstaaten. Herr Kollege Kuschke, auch wenn Ihnen das nicht gefällt, sage ich: je enger, umso besser. – Selbstverständlich können wir niemanden dazu zwingen, die Kontakte mit uns zu intensivieren.

Wir bauen aber auch die Beziehungen zu Frankreich aus, insbesondere mit dem Frankreich-NRW-Jahr.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Brockes, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuschke?

Dietmar Brockes (FDP): Bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Ich habe eine ganz einfache Frage: Haben Sie zur Kenntnis genommen, wie es auch Herr Minister Krautscheid getan hat, dass sich die Vorstellung, die vor einigen Monaten formuliert worden ist, das Land Nordrhein-Westfalen wolle 2010 einem neuen Benelux-Staatsvertrag beitreten, wie eine Seifenblase aufgelöst hat, nicht verwirklicht werden kann und dass bei niederländischen und auch bei belgischen Diplomaten mittlerweile Bemerkungen fallen, die für Nordrhein-Westfalen nicht besonders günstig sind?

Dietmar Brockes (FDP): Herr Kollege Kuschke, ich glaube nicht, dass sich das wie eine Seifenblase aufgelöst hat, sondern es hat aufgrund der Idee Nordrhein-Westfalens, sich enger an die Beneluxstaaten zu binden, eine intensive Diskussion gegeben.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Mit welchem Ergebnis denn?)

Ich glaube, bei unseren Partnern ist die Botschaft angekommen, dass wir den Kontakt zu ihnen suchen. Das ist eine ganz wichtige Botschaft, auch wenn sich das vielleicht nachher nicht in einem entsprechenden Vertrag wiederfindet.

Im Übrigen habe ich im Moment die Befürchtung, dass ein anderer Teil der Benelux-Staaten wie eine Seifenblase zerbricht, und das macht mir ehrlich gesagt noch viel größere Sorgen als das, was von Ihnen eben angesprochen wurde.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Aber die schließen erst recht keinen Staatsvertrag)

– Ja, aber ich hoffe, dass in Belgien wieder Ruhe einkehrt und dass man dort über Neuwahlen oder wie auch immer wieder handlungsfähig wird, denn das ist auch für Nordrhein-Westfalen wichtig. Wir haben viele Projekte, gerade im Verkehrsbereich, die für Nordrhein-Westfalen wichtig sind. Deshalb sind wir darauf angewiesen, dass es in Belgien wieder eine sprach- und handlungsfähige Regierung gibt.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, Europa ist gut und wichtig für Nordrhein-Westfalen. Fundiertes Wissen und breite Sprachkenntnisse sind die wichtigsten Eintrittskarten für einen sich immer weiter internationalisierenden Arbeitsmarkt. Zugleich ist

das Wissen über seine Nachbarn die Grundlage für grenzüberschreitende Freundschaften. Eine Offenheit und Wertschätzung für andere Kulturen ist ebenfalls unerlässlich.

Deshalb ist es besonders gut, dass wir jüngst 16 Schulen mit besonderem Europaprofil ausgezeichnet und zu den ersten Europaschulen in Nordrhein-Westfalen ernannt haben. Dies ist ein Anliegen, das die FDP-Fraktion gerade in der vergangenen und in dieser Legislaturperiode immer wieder gefordert hat.

Meine Damen und Herren, nachdem die alte Landesregierung in Brüssel total versagt hat und in Berlin eine Landesvertretung mit gravierenden Baumängeln hat errichten lassen, haben wir nun in kürzester Zeit die Missstände behoben. Nach dem Motto „Raus aus der Bruchbude“ freuen wir uns sehr, dass in diesem Monat endlich die neue NRW-Landesvertretung in Brüssel bezogen werden kann.

In diesem Sinne werden wir auch die anderen Baustellen, die Sie uns hinterlassen haben, beseitigen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Löhrmann das Wort. Bitte schön, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei gute Elemente habe ich in den Beiträgen der Regierungsfractionen herausgehört.

Frau von Boeselager, zu den Reisen: Ich habe jetzt gemerkt, dass es eine Gemeinsamkeit zwischen Ministerpräsident Rüttgers und der Bundeskanzlerin gibt. Verreisen können sie. Das haben sie bewiesen. Sie haben das hier betont. Viele andere Gemeinsamkeiten gibt es nicht.

Herr Brockes, bei Ihnen finde ich gut, dass Sie das einmal gesagt haben: Mir war es bisher entgangen, dass Sie sozusagen Fähnlein führend die Menschen alle nach Europa bringen und dass sie scharenweise hinter Ihnen herlaufen. – Wir haben das nicht feststellen können.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Das ist nicht das Einzige, was Sie nicht festgestellt haben!)

Ich komme trotz der kurzen Zeit noch auf ein paar Details zum Thema Europa. Ich zitiere:

„Wir sind verflochten mit unseren Nachbarn wie kaum eine andere Region in der EU. Schon deshalb werde ich mich als Ministerpräsident sehr aktiv um den weiteren Fortgang des europäischen Einigungsprozesses kümmern.“

Mit diesen schönen Worten ließ sich unser Ministerpräsident in seiner ersten Regierungserklärung im Juli 2005 ein.

(Ilka von Boeselager [CDU]: Sehr richtig!)

Was ist daraus geworden? – Ich sage ausdrücklich an dieser Stelle, dass wir in etlichen europapolitischen Fragen Konsens haben. Wir haben auch die Zusammenarbeit, die zwar nicht immer in der Sache harmonisch war, im Umgang als fair empfunden, die Herr Breuer mit uns gepflegt hat. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank! Das gilt etwa für das Einbinden, was den Umzug der Landesvertretung in Brüssel angeht.

Was aber europolitische Initiativen betrifft, muss ich leider feststellen: Nichts. Hier ist nicht viel passiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deutschland hatte Anfang des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft inne, und Nordrhein-Westfalen als eine der wirtschaftsstärksten Regionen und als die Energieregion in Europa tauchte ab. Europa will weltweit Vorreiter beim Klimaschutz sein. Und was tun Sie, wenn der EU-Kommissar, Herr Dimas, Ihnen Ansagen macht, was die Kraftwerkspolitik angeht? Dann stellen Sie sich dagegen, statt sich an die Spitze der Bewegung zu setzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sind vertane Zukunftschancen.

Was ist aus dem Jahr der Chancengleichheit der Behinderten geworden? Sie haben nichts unternommen. Herr Brockes, Sie tun sich in Sachen Schulpolitik ja hinter dem sowieso schon Rückwärtsgewandten hervor und haben sich hier mit sehr merkwürdigen Äußerungen in die Debatte eingebracht. Das ist kein Beitrag zum Jahr der Chancengleichheit in unserem Land. Das ist eine magere Bilanz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Europapolitik spielt in dieser Landesregierung eine sehr, sehr untergeordnete Rolle. Oft stellen Sie sich gegen die EU auf, spielen zum Teil mit Vorurteilen. Was die Frage Türkei angeht, haben wir das oft genug ausgetauscht.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Meine Damen und Herren, so weit zu Europa.

Wo aber ist die Landesregierung? Wo ist die Staatskanzlei? – Immer wenn es um Verschleierung, Beschönigungen, Vertuschung und Inszenierung geht, da ist unsere Staatskanzlei spitze! Das gehört zu ihren Stärken, und das spiegelt sich auch im Haushalt wider. Sie befördern Ihre eigenen Leute. Sie machen Klüngel und Vetternwirtschaft gegen Ihre eigenen Versprechen. So haben Sie nach nur zweieinhalb Jahren Ihre eigenen Worte ad absurdum geführt. Ich zitiere wieder den Ministerpräsidenten aus seiner ersten Regierungserklärung:

„Die Menschen wollen keine leeren Versprechungen. Sie wollen eine Politik, die sich der Wirklichkeit stellt, statt Probleme zu verschleiern.“

Das stimmt, das wollen die Menschen nicht. Aber es schert Sie nicht, was die Menschen wollen. Folgender Satz:

„Er wird Opfer kosten, und jeder wird es merken.“

Da haben Sie sich selbst und Ihre eigenen Leute wohl nicht mit gemeint. Wunderbar geredet, auch folgende Passagen:

„Was alle betrifft, muss von allen diskutiert werden, heißt es bei Cicero. Der Streit hat seinen Ort in den Parlamenten, also auch hier im Landtag. Zu viele Entscheidungen laufen aber am Landtag vorbei. Das hat zur Erstarrung beigetragen. Landesgesellschaften und Landesinitiativen, Gremien, Berater und Experten, Lobbyisten und die Öffentliche Verwaltung bilden mittlerweile ein informelles und kostspieliges Machtgeflecht.“

Erstaunt schaue ich mir den Haushalt der Staatskanzlei an und sehe: Für externe Beratung, Forschungsaufträge, Gutachten werden die Ausgaben des Ministerpräsidenten gleich einmal nahezu verdoppelt. 950.000 € statt 550.000 €. Berater, Experten, Lobbyisten und Gremien werden davon gut bezahlt. Wenn die Landesregierung im Bereich des Bürokratieabbaus so effektiv wäre wie beim Demokratieabbau, dann wären wir schon wesentlich weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was prangerten Sie noch an? Ein – Zitat – „informelles und kostspieliges Machtgeflecht“. Die Worte des Ministerpräsidenten fallen auf ihn selbst zurück. In der Staatskanzlei dreht sich alles rund um den Macherhalt und den Machtausbau eines Mannes, der sich Landesvater nennt, sich aber

als Landesfürst fühlt. Dafür wird zur Not auch das Parlament missachtet, die Proteste vor Ort werden diskreditiert und die Unabhängigkeit der Abgeordneten ignoriert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Ministerpräsident – Herr Minister Krautscheid, stellvertretend an Sie –, der schönen Worte sind genug gewechselt. Langsam wird es Zeit, dass Sie Ihren Worten auch im eigenen Haus Taten folgen lassen. Kümmern Sie sich um Europa. Respektieren Sie das Parlament. Lassen Sie die Inszenierungen, und hören Sie mit der Vetterwirtschaft auf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Horst Becker [GRÜNE]: Genau!)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister Krautscheid, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich einige Worte zu Europa sage, möchte ich kurze Bemerkungen zu den Ammenmärchen, die wir gerade wieder vortragen bekommen haben, machen.

Liebe Frau Löhrmann, vielleicht ist es schwierig, das zu akzeptieren. Aber die nackten Zahlen – egal, ob Sie den Personalhaushalt oder die Sachkosten nehmen – sprechen eine ganz einfache Sprache. Selbstverständlich erbringt auch der Einzelplan 02 der Staatskanzlei im Haushalt 2008 die entsprechenden Kosteneinsparungen; allein der Anteil an der globalen Minderausgabe beträgt 1,8 Millionen €.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Ausgaben des Einzelplans 02 im Saldo nehmen, die Aufwüchse im Kulturbereich – hier stehen wir zu unseren Wahlversprechungen, sie zu verdoppeln – herausrechnen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Davon habe ich nicht gesprochen!)

und dann einen preisbereinigten Vergleich vornehmen, dann sehen Sie, dass über den Einzelplan 02 weniger als im Jahr 2005 ausgegeben wird. Das ist die nackte Wahrheit.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, nun komme ich zur nächsten Legendenbildung, nämlich zum Personalaufwuchs: Beim Rechnen kommt es ein bisschen auf die Saldenbildung an.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Redenschreiber!)

Richtig ist: Wir haben im Hauptausschuss detailliert nachgewiesen, für welche neuen Aufgaben sechs neue Stellen im Haushalt realisiert werden sollen. Gleichzeitig realisieren wir 18 kw-Vermerke, die bei Ihnen immer nur auf dem Papier gestanden haben.

(Beifall von der CDU)

Im Einzelplan 02 wird es Ende nächsten Jahres weniger Stellen geben als in diesem Jahr. Das heißt, es wird die Stellenzahl abgebaut und nicht aufgebaut.

Jetzt, meine Damen und Herren, komme ich zum Thema Europa. – In der Tat weist die Finanzausstattung im Einzelplan 02 für Europa einige bemerkenswerte Akzentsetzungen auf; diese sind eben schon angesprochen worden. Verehrte Frau Löhrmann, Sie haben den Ministerpräsidenten zitiert und nach den Folgen gefragt. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung 2005 gesagt:

„Europa wird nur dann eine starke politische Einheit, wenn Deutschland und Frankreich ihre Zusammenarbeit vertiefen ...“

Meine Damen und Herren, nicht weniger werden wir im nächsten Jahr mit dem Projekt „Frankreich-Nordrhein-Westfalen-Jahr“ anpacken. Denn wir glauben, dass diese Beziehungen auch für die Pflege der deutsch-französischen Beziehungen von zentraler Bedeutung sind.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Für uns heißt das, dass wir mit einem großen Aufwand versuchen werden, Kultur, Kunst und Menschen aus Nordrhein-Westfalen in Frankreich zu präsentieren. Wir werden dazu in der nächsten Woche in einer Pressekonferenz Details bekannt geben. Allein die Tatsache, dass sich der französische Premierminister François Fillon bereiterklärt hat, die Schirmherrschaft zu übernehmen, und dass einige sehr spannende Programmaspekte schon nächste Woche angekündigt werden können, zeigt, dass wir am 22. Januar am deutsch-französischen Tag mit einer Auftaktveranstaltung in Düsseldorf in ein gutes deutsch-französisches Jahr gehen werden.

Der zweite Punkt – Herr Kuschke, Sie haben es angesprochen – beinhaltet die EUREGIOs. In der Tat: Wir sehen sie auch als ein unverzichtbares Fundament unserer grenzüberschreitenden Beziehungen zu den Nachbarstaaten; Stichwort ist

natürlich vor allen Dingen das INTERREG-Programm.

Allerdings gibt es auch diesbezüglich einen Unterschied zur Vorgängerregierung. Meine Damen und Herren, die Vorgängerregierung hat in den Jahren 2004 und 2005 bei den EUREGIOs um insgesamt 35 % gekürzt. Man höre und staune! Deswegen können wir die Beschreibung, wie wichtig Ihnen das gewesen sei, nicht so ganz ernst nehmen.

Die gute Nachricht ist: Erstens. Bei uns gibt es keine Kürzungen, sondern wir schreiben diesen Betrag weiter fort. Und zum Zweiten – Sie haben vielleicht gestern die Information bekommen –: Auch im Programm INTERREG 4A ist die Entscheidung gefallen. Allen Partnern stehen bis 2013 138 Millionen € zur Verfügung. Wir werden am 13. Dezember die entsprechende Vereinbarung unterschreiben.

Das zeigt genau wie bei den EFRE- oder ESF-Programmen oder bei dem Programm für den ländlichen Raum: Nordrhein-Westfalen ist beim Ringen um diese europäischen Programme hervorragend aufgestellt. Wir holen etwas für die Bürgerinnen und Bürger, für die Kommunen und für die Institutionen in Nordrhein-Westfalen heraus und können diese Beziehungen vertiefen und ausbauen. Ein Dankeschön richte ich an all die, die uns bei der Erringung diese Mittel in Brüssel zur Seite gestanden haben.

Auch der letzte Punkt, meine Damen und Herren, ist ein Beitrag gegen Legendenbildung. Eben wurden die Aufwüchse im Bereich der Repräsentationsverpflichtungen angesprochen. Wenn Sie es preisbereinigt ausrechnen, stellen Sie fest: Wir geben für diesen Bereich insgesamt 1,5 Millionen € aus. Das liegt preisbereinigt etwa auf dem Niveau des Jahres 1993, als – so könnte man sagen – Nordrhein-Westfalen von Johannes Rau zuletzt ordentlich nach außen vertreten worden ist.

Meine Damen und Herren, diese Regierung tritt selbstbewusst, aber im Stil nicht protzig auf. Das entspricht Nordrhein-Westfalen, und so richten wir auch unsere Finanzausstattung im Einzelplan 02 aus. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Krautscheid.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nun die Beratung über den **Teilbereich „Kultur“**.

Ich erteile Frau Nell-Paul von der SPD-Fraktion das Wort.

Claudia Nell-Paul (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Kulturhaushalt – auf den ersten Blick betrachtet – muss auch eine Oppositionspartei Anerkennung zollen. Denn wir haben in diesem Bereich einen Zuwachs, der von uns natürlich begrüßt wird; gar keine Frage.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Ich sage allerdings deutlich „auf den ersten Blick“. Denn natürlich gibt es auch Punkte, die wir kritisieren und nicht in Ordnung finden.

Auf den ersten Blick – wie gesagt – stellen wir mit 145 Millionen € einen Zuwachs um 22 Millionen € fest. Schaut man es sich allerdings im Detail an, so sieht man, dass ein Großteil dieser Zuwächse für die Kunstsammlung NRW K20 reserviert ist, die einen Erweiterungsbau bekommt. Als Düsseldorferin darf ich mit Stolz sagen, dass wir uns sehr darüber freuen, dass es jetzt dazu gekommen ist. Dies sage ich allerdings mit einem weinenden Auge. Denn derjenige, der am meisten für den Erweiterungsbau der Kunstsammlung gekämpft hat, nämlich Prof. Armin Zweite, wird dieses Institut leider verlassen, und das finden wir sehr bedauerlich.

Des Weiteren müssen wir feststellen, dass fast alle Bereiche einen Zuwachs erfahren haben, allerdings nicht die kulturelle Integration und die den Kommunen zugute kommenden Kultursekretariate. Wir hoffen nicht, dass damit ein Politiksignal gesetzt worden ist. Denn wir meinen, dass in der kulturellen Integration mehr und nicht weniger getan werden muss. Von daher können wir nicht verstehen, dass hier eine Null steht, was die Zuwächse angeht.

Der Schwerpunkt, der von der Landesregierung immer wieder deutlich gemacht wird, ist die kulturelle Bildung und hier insbesondere Kultur und Schule und das Thema „jedem Kind ein Instrument“. Ich nehme an, dass Herr Sternberg gleich auch noch etwas dazu sagen wird. Wir hören in allen Reden immer wieder, dass dies das zentrale Thema der Landesregierung ist.

Wenn man in diesem Bereich allerdings etwas genauer hinsieht, muss man deutlich machen, dass das nur zu einem Bruchteil den Kindern in NRW zugute kommt. Wir haben in dem Bereich Kultur und Schule noch einen weiten Weg vor uns. Leider ist es so, dass die Bereiche Kultur und Schule eher nebeneinander als miteinander arbeiten.

Bedauerlicherweise ist es immer noch so, dass uns Briefe erreichen, die deutlich machen, dass sowohl im Musikunterricht als auch im Kunstunterricht Unterrichtsausfälle zu verzeichnen sind und dass viele Schulen nicht mehr – wir haben das früher immer stark gefördert, wir haben gehofft, dass Schulen das machen – in die Museen, in die Theater gehen – das hat rapide abgenommen –, weil der Druck in der Schule in Richtung anderer Themen und anderer Unterrichtsfächer so groß wird, dass die Lehrerinnen und Lehrer, so bedauerlich es ist, keine Zeit mehr finden, mit ihren Kindern in Kultureinrichtungen ihrer Städte und Kommunen zu gehen. Das, so finden wir, ist ein Weniger und nicht ein Mehr an kultureller Bildung. Da stimmt einfach etwas nicht im Verhältnis von Kultur und Schule.

Es kann nicht sein, dass Kultur sozusagen der Reparaturbetrieb für das ist, was im Schulbereich versäumt wird. Uns fehlt ein inhaltlich solides Konzept, wie langfristig das Thema kulturelle Bildung in diesem Land angegangen werden soll. Da kann sich die Schule nicht wegducken. Ich denke, da ist noch viel zu tun.

Ähnliches kann ich zu dem Thema „jedem Kind ein Instrument“ sagen. Heute beklagen alle, man habe weder die Musiklehrer noch die Zeit, noch die Unterrichtsstunden, um das sehr ambitionierte Programm umzusetzen. Ich hoffe, dass sich dazu im Schulbereich noch einiges ändert. Auch der Bereich Wissenschaft muss mehr darüber nachdenken, wie denn die Anzahl von Musiklehrern und Kunstlehrern vergrößert werden kann.

Einen letzten Beitrag möchte ich zum Thema Ausstattung der Kommunen leisten: Wir beglückwünschen uns hier, dass der Kulturhaushalt im Lande gestiegen ist. Gleichzeitig stellen wir fest, dass es nach wie vor sehr schwierige Finanzlagen bei den Kommunen gibt. Wir alle wissen aber, dass die Kommunen die Träger der kulturellen Vielfalt sind.

Wenn wir heute lesen müssen, dass eine Kommune wie Krefeld zum Beispiel aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten, was die Sanierung von Museumsbauten angeht, ganze Kunstsammlungen verliert, wenn wir lesen müssen, dass das Thema Kulturhauptstadt jetzt im Fokus der Kritik steht, was die finanzielle Ausstattung angeht, dann ist das nur die Spitze des Eisberges.

In der Tat sind unsere Kommunen unterfinanziert. Gerade die Kommunen, die sich in der Haushalts-sicherung befinden, haben nicht die freien Mittel, ihre Kultureinrichtungen adäquat zu unterhalten und zu fördern. Das ist das große Manko beim

ganzen Thema Kulturpolitik dieser Landesregierung. Es sind einzelne Highlights im Kulturhaushalt. Aber in der Breite und in der Fläche und insbesondere in der Kommunikation und Zusammenarbeit mit den Kommunen fehlt es an einer Landeskulturpolitik, die die Stärken und die Vielfalt dieses Landes erhält und ausbaut. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Nell-Paul. – Für die CDU spricht nun Herr Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vorletzte Woche Freitag war wieder Vorlesetag der Stiftung „Lesen“ in den Schulen und Kindergärten. Ich weiß nicht, ob Sie auch vorgelesen haben.

In dem Kindergarten in Münster, in dem ich war, stellte ich fest, dass von den Kindern, die aufmerksam zugehört haben, eine ganze Reihe die wunderbaren Peterson-Bilderbücher nur aus dem Fernsehen kannte, vor allem damit übers Fernsehen vertraut war. Wichtig ist es, dass man den Kindern vermittelt, wie schön es ist, ein Buch zu lesen, welcher Lebensgewinn das Bücherlesen bedeutet!

Bücher ist das Thema, das wir mit unseren zwei kleinen Änderungsanträgen ansprechen. Ansonsten findet der Etat unsere volle Zustimmung, der auch unsere Handschrift trägt. Ich gehe auf die Büchereien ein. Bei dem Thema Bibliotheken haben wir 200.000 € mehr für die Anschaffung von Medien in Büchereien eingestellt, die speziell in Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten gebraucht werden, also zielgenau für diesen Zweck.

Wenn ich mir diese 200.000 € für die Büchereien anschau, stelle ich fest, dass das nur ein kleiner Nebenbetrag zur Aufstockung des Bibliotheksetat ist, bei dem wir 2005 einen Ansatz von 400.000 € vorgefunden haben. Jetzt werden wir nach dem Etat 2008 270.000 € mehr ausgegeben. Der Etat umfasst jetzt 2,129 Millionen €. Wir haben einen Anstieg von 400.000 € auf über 2 Millionen €, das ist mehr als das Fünffache vom dem, was wir 2005 vorgefunden haben.

Meine Damen und Herren, der Kulturförderetat steigt um 15,3 Millionen € auf jetzt 154 Millionen €. Das ist – und das sehen Sie – eine Bestätigung der Verdoppelung des Kulturetats, wie es

im Jahre 2005 versprochen wurde und wie es im Koalitionsvertrag steht.

In Nordrhein-Westfalen ist Kulturpolitik wieder ein wichtiges kulturelles Feld. Natürlich, Frau Nell-Paul, gehe ich auf das Thema Kultur und Schule ein. Denn Kultur und Schule haben wir hier genau vor zwei Jahren, im Dezember 2005 initiiert. Das ist ein außerordentlicher Erfolg. Fast 1.000 Künstlerinnen und Künstler sind in über 1.100 Schulen in Nordrhein-Westfalen an Projekten beteiligt: ein riesiger Erfolg, der uns außerordentlich freut. Das ist nicht ein Ersatz für den musischen Unterricht an Schulen, denn schließlich haben wir in den Schulen den Unterrichtsausfall drastisch senken können. Das heißt, an den Schulen findet auch musischer Unterricht endlich wieder statt und fällt nicht aus. Wir haben auch weiterhin die Möglichkeit, außerschulische Lernorte aufzusuchen. Ich hoffe, dass diese noch viel stärker wahrgenommen werden als zurzeit.

Damit solche außerschulischen Lernorte funktionieren, haben wir zum Beispiel den kommunalen Museumsbau im neuen Etat stärker berücksichtigt, von dem unter anderem das Großprojekt „Neubau Westfälisches Landesmuseum“ in Münster profitieren wird, am Niederrhein die Sicherung von Schloss Dyck als Zentrum für Gartenkunst und Landschaftskultur oder im Ruhrgebiet die Betriebskostenbeteiligung am neuen RuhrMuseum in der Kohlenwäsche gemeinsam mit der Stadt Essen und den Landschaftsverbänden. Das ist eine wichtige Grundlage, damit das Großprojekt RuhrMuseum funktioniert.

Zu nennen ist auch die Kulturhauptstadt RUHR.2010. Die 1,5 Millionen €, die jetzt im Etat stehen, sind längst nicht alles. Ich möchte vor allen Dingen auf die inzwischen fast 20 Millionen € für JeKi hinweisen. „Jedem Kind ein Instrument“ ist das erste Projekt der Kulturhauptstadt 2010, die für uns zuallererst wie in der gesamten Kulturpolitik ein Thema der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen ist. Das wird mit JeKi deutlich.

(Beifall von der CDU)

Frau Nell-Paul, Sie sprachen davon, dass die kulturelle Integration keine Erhöhung hätte. Halten wir doch fest: Diesen Etatposten gab es 2005 und davor noch gar nicht. Er ist erst aufgrund eines Antrags von FDP und CDU zur kulturellen Integration entstanden. Wir haben im letzten Jahr bei den Beratungen für den diesjährigen Etat die damals angesetzte Summe von 300.000 € auf 500.000 € erhöht. Diese 500.000 € stehen wieder drin. Uns

vorzuwerfen, das wäre keine Erhöhung, finde ich schon grenzwertig.

Meine Damen und Herren, wir haben eine ganze Reihe von wichtigen Bestandteilen in diesem Programm. Ich will nicht alles aufzählen; das können Sie nachlesen.

Lassen Sie mich eines sagen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen in der Kulturförderung und in der Kulturpolitik das Stadium der Regeneration nach den Kahlschlägen der Jahre 2003, 2004 und 2005 einigermaßen überwunden. Jetzt haben wir neue Blüten, die in der Kultur in Nordrhein-Westfalen aufblühen.

Der Kulturrat Deutschlands rieb sich vor Kurzem die Augen, dass ausgerechnet der erste CDU-Kulturstaatsminister in Berlin, Bernd Neumann, so viel für die Kultur mache. Er titelte: „Das Wunder von Bernd“. Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck: So ist das eben mit christdemokratischer Kulturpolitik. Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen ist seit 2005 für viele ein Wunder der Kulturförderung, das Wunder von Jürgen Rüttgers. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Sternberg. – Für die FDP-Fraktion spricht nun die Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf 2008 kommen die Koalitionsfraktionen ihrem Ziel näher, den Kulturförderetat bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Auch in diesem Jahr erhält die Kultur einen wichtigen Aufwuchs und eine ihrem Stellenwert angemessene große Unterstützung durch die Koalitionsfraktionen. Um es vorwegzunehmen: Deswegen werden wir dem Kulturetat gerne und mit voller Überzeugung zustimmen.

Die Kulturausgaben fließen schwerpunktmäßig in Projekte zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Die finanzielle Aufstockung und flächendeckende Ausweitung des Programms „Jedem Kind ein Instrument“ sowie die Fortführung und Aufstockung des Projektes „Kultur und Schule“ unterstützen wir Liberalen ausdrücklich. Die Kinder erhalten mit der Auseinandersetzung mit Musik, Tanz, Theater und bildender Kunst eine umfassende Bildung. Darüber hinaus können mit diesem Projekt Aggressionen abgebaut werden. Mit einer kulturellen Bildung und Ausbildung können wir die soziale Kompetenz unserer Kinder fördern und stärken. Wir leisten damit eine Unter-

stützung bei der Entfaltung ihrer Persönlichkeit, ihrer Ausprägung der Konzentration, der Kreativität, der Ausdrucksfähigkeit, des Selbstvertrauens und der Fähigkeit zur Kommunikation allgemein, aber auch und insbesondere mit anderen Kulturen.

Es ist gerade schon darauf hingewiesen worden, dass es nicht um eine Ersetzung der musischen Fächer im Unterricht geht, sondern dass es ein zusätzliches Angebot ist. Wenn Sie sagen, wir müssen die Stärken ausbauen, dann stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Frau Kollegin. Genau das tun wir hiermit, das hat es früher nämlich überhaupt nicht gegeben.

Völlig zu Recht wird darauf hingewiesen, dass der Substanzerhalt von Kulturgütern neben der kulturellen Bildung der jungen Bevölkerung ebenfalls ein Bereich ist, der mit dem Haushalt 2008 eine besondere Wertschätzung durch uns erfährt. Daher beurteile ich auch diesen Schritt mit der finanziellen Aufstockung der Mittel um ein Drittel auf 4,25 Millionen € als richtig.

Der „Frankfurter Allgemeinen“ konnten wir am 2. Dezember – das ist noch nicht allzu lange her – zu der neuen PISA-Studie entnehmen, dass unsere Schüler nach wie vor Defizite beim Lesen haben. Dort schnitten die getesteten Schülerinnen und Schüler nur durchschnittlich ab. Obwohl uns die Landesregierung im Rahmen des Haushaltsentwurfs schon einen 15%igen Aufwuchs der Bibliothekenförderung vorgeschlagen hat, haben sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, zusätzlich 400.000 € zur Förderung des Bibliothekenwesens und für die Aufgabenerfüllung der Landesbibliotheken bereitzustellen; der Kollege Prof. Sternberg hat dazu gerade bereits Richtiges ausgeführt.

Die neue PISA-Studie hat sehr deutlich gezeigt, dass diese Mittelschichtung im Kulturretat notwendig und richtig ist. Die entsprechende Mittelentnahme aus dem Titel „Kultur und kreative Ökonomie“ ist zwar schmerzhaft, aber im Sinne einer Schwerpunktsetzung vertretbar.

Meine Damen und Herren, wir Liberalen begrüßen es außerordentlich, dass zudem ein neuer Schlüssel zur Verteilung der Konzessionseinnahmen des Landes aus den Lotterien angesetzt worden ist. Dies führt dazu, dass der ursprüngliche Ansatz für die Kunststiftung des Landes NRW in Höhe von 6,7 Millionen € um 1,7 Millionen € auf 8,4 Millionen € aufgestockt worden ist. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein wichtiger Beitrag dafür, dass die Kunststiftung Nordrhein-Westfalen ar-

beitsfähig ist und bleibt und weiterhin eine wichtige Säule der nordrhein-westfälischen Kulturförderpolitik bildet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es ganz kurz machen, denn wir haben einen sehr erfreulichen Kulturretat, wir haben einen Aufwuchs. Dies feiern wir nun schon das dritte Mal. Das ist sehr schön. Die Entwicklung im Bereich der Kulturpolitik begrüßen wir sehr. Es gibt immer noch die alten Wermutstropfen. Ich will einige nennen, bei denen ich glaube, dass wir uns noch stärker machen können, wenn wir es gemeinsam diskutieren und vorantreiben.

Erstens. Wir haben eine Reihe von Personalien, die wir lösen müssen, und Konstruktionen, die wir erfolgreich fortführen müssen. Ich nenne zunächst einmal Schloss Moyland, eine Baustelle, die aus meiner Sicht dringend einer Regelung bedarf. Hier ist natürlich der Kulturministerpräsident gefordert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als Zweites haben wir, wenn man es im doppelten Sinne so beschreiben darf, die Großbaustelle Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen. Das ist eine originäre Landeseinrichtung. Mit dem Weggang von Armin Zweite, dem man an dieser Stelle noch einmal für seine enorme Leistung und seine enorme Kraft danken kann, die er in Düsseldorf, in das Land und in unsere Kunstsammlung investiert hat, ist natürlich eine Lücke gerissen. Dagegen ist die Baulücke sozusagen eine Minilücke. Hier wird viel Kraft aufzuwenden sein, eine adäquate Persönlichkeit zu finden, die uns die Zukunft dieses Hauses inhaltlich und persönlich mit sichern hilft.

Als Drittes haben wir bei aller Freude über die schönen Zahlen die Baustelle, dass die Kulturpolitik diesen Aufwuchs sehr insular erlebt, während wir gerade im Bereich der kommunalen Situation vor Problemen stehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich hatte Gelegenheit, in Krefeld ein entsprechendes Gespräch mit den kulturpolitischen Kollegen vor Ort zu führen. Krefeld – die Kollegin Nell-Paul hat es angesprochen – ist aufgrund des durchaus selbst verursachten Sanierungsstaus der letzten Jahrzehnte in der enorm schwierigen Lage, die

Sammlung Lauffs möglicherweise ganz zu verlieren und damit in eine Situation zu geraten, die für das Kaiser-Wilhelm-Museum und für die Stadt als Kulturträger natürlich dramatisch ist.

Die Diskussion im Einzelnen müssen wir jetzt nicht hier führen. Aber dass das ein Problem ist, worüber sich Landeskulturpolitik Gedanken machen muss, davon bin ich überzeugt. Es gibt Fragen in die Richtung, ob man nicht möglicherweise mit einem Fonds – vielleicht mithilfe der NRW-Förderbank – die Dinge in eine Richtung leiten kann, sodass sich Städte und Gemeinden, die solche Sanierungsbedarfe haben, zumindest günstig über einen gewissen Zeitraum Geld verschaffen können, um dringende Probleme zu lösen. Solche Überlegungen müssen wir, glaube ich, gemeinsam anstellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als letzten Punkt möchte ich bei allem Lob für den Etatansatz, über den wir uns mitfreuen, dem wir ja auch im Kulturausschuss in jedem Jahr zugestimmt haben – übrigens einer alten Tradition folgend: als die Opposition noch aus CDU und FDP bestand, war das ähnlich, was die Kultur betrifft; das eint uns bei diesem Thema –, das Thema Kinder und Jugendliche ansprechen. Dieses Thema ist hier bereits verschiedentlich angesprochen worden. Auch ich habe, Herr Kollege Sternberg, in einer Grundschule vorgelesen, was sehr schön war. Aber es ist natürlich nur ein symbolisches Zeichen dafür, dass wir hier große Anstrengungen unternehmen müssen, weil uns aus meiner Sicht an der Stelle viel wegbricht.

Hier, meine ich, beginnt sozusagen die Schuldebatte in die Kulturdebatte hineinzugreifen, nämlich in der Frage, wie wir an unseren Schulen Kindern und Jugendlichen die Kulturtechniken stärker mitgeben können, als wir das bisher tun. Das ist eine Aufgabe, wo die Verzahnung noch stärker erfolgen muss und worauf sich Schulpolitik neben all den anderen Debatten, die fachlich zu führen sind, stärker konzentrieren muss,

(Beifall von den GRÜNEN)

damit über das Lesenlernen hinaus auch das Inhaltebegreifen, also dass Kultur Lebenselixier ist, in den Schulen stärker vermittelt wird. Da wird man sich Gedanken machen müssen – Frau Schulministerin, es ist gut, dass Sie auch zuhören –, wie man Lehrerinnen und Lehrer neben all den Vorschriften, die man ihnen immer wieder gibt, ermutigt, kulturell in den Schulen zu arbeiten, noch mehr dafür zu tun, dass Kultur in der Schule ihren Platz hat wie Sport, Musik und all die anderen wichtigen Fächer, die neben den kognitiven

Fächern eine besondere Rolle spielen. Es geht um das Musische, vor allem um das, was die Sensibilitäten stärkt. Hier hat Kulturpolitik eine Aufgabe. Diese stärkere Vernetzung würde ich mir auch von der neuen Landesregierung wünschen.

Außerdem – das sage ich immer wieder – hätte ich an sich gerne, dass jetzt hier ein Kulturminister spricht. Ich freue mich auf Herrn Krautscheid, der ein liebenswerter Kollege, aber natürlich nicht der Mann vom Fach ist. Der Mann vom Fach sitzt zwei Reihen dahinter; das ist auch ein sehr Guter. An dieser Stelle ist er jedoch leider immer stumm. Das bedauern wir doch sehr. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Keymis. – Jetzt hat Herr Minister Krautscheid das Wort.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Keymis, ich finde es schön, dass Sie alle guten Leute in der Regierung zu Ministern machen wollen. Aber das entspricht nicht unserer sparsamen Mentalität und Haushaltsführung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh!)

Deswegen bitte ich um Verständnis. Ich habe jetzt dem Kollegen Grosse-Brockhoff einen Törtchen angeboten. Aber er versteht es.

Es ist sicherlich so, dass der Kulturetat der Etat ist, bei dem die Opposition die schwierigste Aufgabe hat, denn dieser Etat ist früher sehr stiefmütterlich behandelt worden und nimmt heute eine besonders erfreuliche Entwicklung.

Herr Keymis, Sie haben gesagt, wir hätten jetzt schon dreimal gefeiert. Die gute Nachricht ist: Es wird weiter gefeiert. Die Mittel im Jahre 2005 betragen 70,6 Millionen €. Im Jahre 2006 haben wir die Mittel um 12,7 Millionen €, im Jahre 2007 um 14,3 Millionen € erhöht, und nach dem Regierungsentwurf für 2008 sollen die Mittel um weitere 15,3 Millionen € steigen. Dem sollen nach der vom Kabinett bewilligten mittelfristigen Finanzplanung in 2009 weitere 15,1 Millionen und 2010 noch einmal 13,2 Millionen € folgen.

Meine Damen und Herren, diese Regierung hält Wort. Die Verdopplung des Kulturetats wird umgesetzt. Das heißt, dass unser Wahlversprechen, nämlich die Kulturpolitik zu einem Markenzeichen dieser Regierung zu machen, gehalten wird. Unsere Kulturpolitik ist verlässlich. Das ist für die

Leute draußen ein sichtbares Zeichen des Erfolges.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich will zu einigen Punkten kurz etwas sagen. Einen Punkt hat Herr Kuschke in seiner ersten Rede angesprochen, ein Punkt, der auch in den Ausschüssen kontrovers diskutiert worden ist, der aber, wie ich glaube, wichtig ist, nämlich die Frage, warum der Ansatz im Bereich Kulturmarketing und Öffentlichkeitsarbeit erhöht wird. Das ist wieder ein kleines Bausteinchen, um die Fama vom teuren Marketing der Regierung zu belegen, aber in Wirklichkeit ist es viel mehr.

Diese Regierung ist mit dem Anspruch angetreten, die Kultur in Nordrhein-Westfalen – jedenfalls soweit sie im Blickpunkt der Politik steht – aus dem Dornröschenschlaf zu wecken und zum Teil ihrer Außendarstellung in Deutschland, aber auch über Deutschland hinaus zu machen. Wir glauben, dass Kultur ein ganz wichtiger Teil nicht nur des Lebens in Nordrhein-Westfalen, sondern auch unseres Bildes nach außen sein muss.

Deswegen sind wir davon überzeugt, dass es richtig ist, über diese Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen außerhalb von Nordrhein-Westfalen noch mehr zu reden, sie noch mehr vorzuzeigen und noch mehr gute Beispiele vorzuführen. Daher ist es wichtig, dass wir das Grundvermögen Kultur, das wir in Nordrhein-Westfalen haben, auch außerhalb der Landesgrenzen mit mehr Kulturmarketing bekannt machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Stichwort „Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche“ ist bereits angesprochen worden. Ja, wir erhöhen den entsprechenden Ansatz von 4 auf 4,3 Millionen €.

Ich halte es für bemerkenswert, dass man auch in anderen Bundesländern immer mehr auf neue nordrhein-westfälische Ideen angesprochen wird, Herr Staatssekretär Große-Brockhoff – ob das nun „Jedem Kind ein Instrument“ ist oder das Landesprogramm „Kultur und Schule“, in dessen Rahmen bei über 1.100 Projekten Künstler in Schulen gehen. Das ist eine wunderbare Idee. Es ist toll, dass wir in diesem Jahr die Mittel aufstocken können. Die Richtung stimmt auch hier.

Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist, ist die Erhöhung des Ansatzes für den Substanzerhalt von Kulturgütern. Hier reden wir nicht von baulicher Substanz, sondern über den Erhalt von Kulturgut, über das unser Land in einer sehr reichhaltigen Form verfügt. Wir haben im letzten Jahr einen

Schwerpunkt gesetzt; Sie kennen das Stichwort „Entsäuerung von Papier in kommunalen Archiven“. Es kann also keine Rede davon sein, dass wir den Kommunen nicht bei ihren Themen weiterhelfen würden. Wir werden jetzt im Wesentlichen beim Kulturgut Film und in den Bibliotheken weiterhelfen. Diese Form des Substanzerhaltes weit über die Baulichkeiten hinaus ist auch ein wichtiger Baustein zum Erhalt unseres kulturellen Erbes.

Lassen Sie mich zum Schluss einige Sätze zum Programm „Jedem Kind ein Instrument“ sagen. Frau Nell-Paul hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich dabei um ein sehr ambitioniertes Projekt handelt. Hin und wieder lesen wir, es gebe nicht genügend Ausbilder oder Instrumente. Dieses Projekt ist auf Punkt und Komma im Plan. Wenn jetzt in vielen Städten gefragt wird: „Warum wir noch nicht, warum können wir nicht auch?“, so ist das doch der Beweis, wie attraktiv dieses Programm ist und wie viele Leute sich dafür interessieren. Es möchten viel mehr mitmachen, viel mehr Kommunen, viel mehr Familien, viel mehr Schulen und viel mehr Kinder, als wir im ersten Anlauf vorgesehen haben.

Wir werden dafür sorgen, dass wir dieses Ziel bis 2010, nämlich bis zum Projekt „Ruhr 2010“, erreicht haben. Der Plan stimmt. Die Resonanz zeigt uns allen, wie gelungen das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ ist. Es ist ein wunderbares Aushängeschild für die erfolgreiche Kulturpolitik dieser Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Krautscheid. – Meine Damen und Herren, damit haben wir den Teilbereich „Kultur“ abgehandelt.

Nun kommen wir zum **Teilbereich „Medien“**.

Ich erteile Herrn Eumann für die SPD-Fraktion das Wort.

Marc Jan Eumann (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Unter Ihnen begrüße ich insbesondere die Vertreter des Landesbehindertenrates NRW, die uns gleich zum Parlamentarischen Abend einladen. Wir freuen uns alle sehr, in Kürze bei Ihnen sein zu können, Frau Wörmann.

Meine Damen und Herren, alle Jahre wieder – das passt in diese gnadenbringende Zeit. Nicht zum Medienland NRW passt allerdings, dass die

Regierung Rüttgers uns im dritten Jahr – hoffentlich bald – den dritten zuständigen Medienstaatssekretär präsentieren wird.

(Beifall von Claudia Nell-Paul [SPD])

Herr Kollege Krautscheid – nein, Kollege darf ich ja nicht sagen; Herr Minister Krautscheid; das sage ich gerne: Sie wären wahrscheinlich auch gerne noch mein Kollege –, Herr Minister Krautscheid, obwohl Sie nicht mehr zuständig sind, dürfen Sie hier trotzdem zu diesen Themen reden. Allein dieses kleine Beispiel zeigt, wie lieblos, wie unzuverlässig und mit wie wenigen Impulsen Sie mit diesem für Nordrhein-Westfalen wichtigen Thema Medienpolitik umgehen. Sie sind nicht in der Lage, hier Kontinuität hineinzubringen. Das ist in Bezug auf die Akteure im Medienland Nordrhein-Westfalen fahrlässig, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Christian Lindner [FDP]: Für wen regen Sie sich so künstlich auf? Von Ihnen ist doch niemand da! Nur für das Protokoll? – Zuruf von Minister Andreas Krautscheid)

– Das ist schon in Ordnung. Herr Krautscheid, Sie müssen sich keine Sorgen über mein Seelenheil machen. Ich mache mir Sorgen über den Zustand des Medienlandes Nordrhein-Westfalen – für den Sie verantwortlich sind, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Krautscheid, auf Ihren fünfminütigen Beitrag zu diesem Thema bin ich sehr gespannt, denn die Rede, die Sie eben gehalten haben, müssten Sie mit negativem Vorzeichen erneut halten. Eines ist klar: Medienpolitik ist kein Markenzeichen dieser Regierung. Das Gegenteil ist der Fall: Medienpolitik ist eine Leerstelle dieser Regierung.

(Ralf Witzel [FDP]: Das sagen Sie!)

– Das sagt die Opposition. Das sagen aber auch die meisten Akteure, die fassungslos davor stehen, dass Sie es sich leisten, einen Medienstaatssekretär zu haben, der gleichzeitig Regierungssprecher ist. Er wird bald verdammt viel Mühe haben, Ihre Regierung der Öffentlichkeit zu verkaufen. Offensichtlich finden Sie keinen. Sie leisten es sich, dass die Stelle des Gruppenleiters in der Staatskanzlei seit Monaten vakant ist, Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP. Das ist aus Sicht dieses Landes fahrlässig.

Und ich bin mir sicher, Herr Krautscheid: Anders als vielleicht beim Thema Kultur wird Sie außerhalb von Nordrhein-Westfalen keiner auf irgendei-

ne medienpolitische Initiative dieser Regierung und der sie tragenden Fraktionen ansprechen. Keiner!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es gibt keinen Impuls. Im Staatsvertrag gibt es keinen Impuls. Sie missachten die Globalisierung, die Digitalisierung und die sich daraus ergebende Konvergenz. Früher war Nordrhein-Westfalen ein Motor, ein medienpolitischer Fortschrittsmotor.

(Zuruf von Minister Andreas Krautscheid)

– Vielleicht war es vor meiner Zeit, Herr Kollege Krautscheid.

(Minister Andreas Krautscheid: Ja, deutlich!)

Aber Sie haben die Verantwortung, jetzt etwas daraus zu machen. Aber Sie nutzen diese Verantwortung nicht. Nein, Sie schaden Nordrhein-Westfalen. Keine Impulse!

Zum Haushalt: Sie überrollen, nachdem Sie kräftig gekürzt haben. Anders als im Kulturbereich haben Sie im Medienbereich kräftig gekürzt. Die Filmstiftung NRW ist ein Beispiel. Es gibt weitere Beispiele.

Der Blick auf Seite 170 Ihres Haushaltsentwurfes zeigt, was Sie an einer Stelle gemacht haben.

Denn ein Haushalt weist nicht nur das aus, was Sie vorhaben, sondern auch das, was Sie gemacht haben. Im Kapitel 02 200 gibt es die Stelle 526 10 011 – Vergütung an die NRW.BANK für den Betrieb einer Kontaktstelle für Medienunternehmen. Das haben Sie 2006 für 2007 angekündigt. Herausgekommen ist, Sie geben 300.000 € zurück, weil Sie nichts damit gemacht haben. Jetzt geben Sie die 300.000 € in Ihr Clustermanagement – mit dem Ergebnis, dass wir wahrscheinlich Ende 2008 wieder hier stehen werden, und Sie haben an dieser Stelle wieder nichts gemacht und kein Signal gegeben.

Wir warten bei dem Thema: Was machen wir mit dem Lokalradio Nordrhein-Westfalen? Da ist Druck im Kessel. Keine Impulse von Ihnen! Wir reden über 331.641 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Nordrhein-Westfalen. Die machen hier ihr Geschäft – ein gutes Geschäft, trotz Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD)

Zum Schluss in 22 Sekunden eine Zwischenbilanz Ihrer Arbeit. Auf den Seiten 58 und 59 steht vieles. Nichts davon ist in Ihrer Zeit auf den Weg gebracht worden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie vergessen die Deutsche Welle, die ihren Sitz in Bonn und Berlin hat, als einen wichtigen Akteur in Nordrhein-Westfalen.

Aber toll ist: Wir warten jetzt auf den deutschen Kurzfilmpreis im Jahr 2008. Endlich eine Initiative von Ihnen.

(Zuruf von Minister Andreas Krautscheid)

– Wunderbar! Ich bin nur sehr gespannt, Herr Kollege Krautscheid, wer da kommen mag. Denn das müssen Sie erklären. Sie haben diesen Preis mit dem Bundesminister für Kultur und Medien entwickelt. Mit ihm soll er verliehen werden. Wenn Sie mit dem Bundesminister für Kultur und Medien aufwarten, habe ich Respekt vor Ihnen. Aber das wird Ihnen nicht gelingen; denn dazu müssten Sie diesen Bundesminister erst erfinden. Das ist Ihre Halbzeit-, Ihre Zwischenbilanz, meine Damen und Herren. Das ist peinlich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Eumann. – Für die CDU spricht nun Herr Kollege Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden über den Einzelplan 02, Teilbereich Medien. Wenn wir in den Einzelplan 02 schauen, sehen wir – das hat Kollege Eumann eben gesagt –, dass die Etatposten im Wesentlichen überrollt werden. Wir haben darüber im Ausschuss schon breit diskutiert. Ich will darauf gar nicht näher eingehen, sondern die Gelegenheit nutzen, um an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, einige persönliche Worte loszuwerfen.

Sie wissen, dass ich heute zum letzten Mal als medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion vor Ihnen stehe. Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich für die vielen netten Briefe bedanken, die ich im Nachgang meiner Ankündigung bekommen habe, auch aus dem Bereich meiner Sprecherkollegen.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Es tut mir schon ein wenig leid, dass ich mich jetzt auf Forschung und Innovation konzentrieren werde. Denn die Medienpolitik, die Medienlandschaft ist ein sehr spannendes Gebiet, und wir befinden uns in einer sehr großen Umbruchphase. Das Überthema Digitalisierung ist nach vielen Jahren der Ankündigung – das haben wir auch schon in den Jahren 2000/2001 diskutiert – jetzt mit voller Wucht da. Wir müssen über Themen diskutieren – wir haben sie auch auf Veranstaltungen der CDU-

Landtagsfraktion diskutiert – wie die Rolle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter, die Rolle der privaten Rundfunkveranstalter, die Rolle von neuen Marktteilnehmern in diesem Feld, die Spannungslage zwischen dem kulturellen Aspekt beim Rundfunk und dem wirtschaftlichen Aspekt in diesem Feld. Wir diskutieren über die Komplexität auf technischem Gebiet und auch die Komplexität im Rahmen von Bund, Ländern, Europa und wie all das zusammen bewerkstelligt werden soll.

Wir haben hier gemeinsam immer sehr viel diskutiert, auch oft gestritten; das muss auch sein. Die heutige Koalition hat natürlich in einigen Punkten ein deutlich anderes Profil als die frühere Koalition. Ich möchte aber doch noch einen Punkt herausheben: Wir haben in den letzten Jahren – das habe ich positiv gespürt – in vielen Bereichen auch sehr konsensual zusammengearbeitet. Das hat mich persönlich sehr gefreut – bei allen Unterschieden in vielen Sachthemen. Die Diskussionen waren in meinen Augen sehr stark inhaltlich geprägt und deswegen sehr konstruktiv.

Ich wünsche mir sehr, dass diese konsensuale Zusammenarbeit, soweit sie aus fachlicher Sicht möglich ist, weiterhin stattfinden kann. Das ist wichtig. Wir müssen immer im Hinterkopf behalten: Medienpolitik muss nach Grundsätzen leben, die auch etwaige Regierungswechsel überdauern müssen. Das haben wir immer gepflegt, auch die A- und B-Länder. Ich denke, die Exekutive wird ebenfalls in bewährter Art und Weise Kontinuität zeigen. Von daher ist meine Bitte, diese Kontinuität weiter zu pflegen. Noch einmal: Herzlichen Dank an Sie alle und weiterhin viel Spaß mit der Medienpolitik! – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Herr Witzel spricht nun für die FDP-Fraktion.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2008 blicken wir in die medienpolitische Zukunft. Datenschutz und Informationsfreiheit sind wichtige Themen, die für immer gläserner werdende Bürger und Unternehmen, die unweigerlich Spuren im Netz hinterlassen, von grundlegender Bedeutung sind.

Die Medienwirtschaftsförderung wird, wie auf dem Medienforum 2007 frühzeitig angekündigt, mit zwei neuen Fonds der NRW.BANK im Bereich der Filmfinanzierung und Kreativförderung weiter ausgebaut.

Das Land NRW stellt zudem im Jahre 2008 einen Zuschuss in Höhe von 150.000 € zur Durchführung eines konferenzbegleitenden Symposiums zum Global Media Forum im Zusammenhang mit der Deutschen Welle in Bonn zur Verfügung.

Da aber Haushaltsberatungen immer auch Generaldebatten mit inhaltlicher Bilanz und Ausblick sind, will ich diese Gelegenheit jenseits der Zahlenspiele ausdrücklich nutzen.

Zahlreiche wichtige medienpolitische Fragen kommen im Haushaltsjahr 2008 auf uns zu:

Erste Frage: Was bedeutet zukünftig Grundversorgung? Was dürfen die öffentlich-rechtlichen Sender aus dem Topf der Gebührengelder, der mehr als 7 Milliarden € enthält, zukünftig finanzieren? Das muss im Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag definiert werden.

Die Lage beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist alarmierend. Werbung am Tag, Sponsoring am Abend, massiver Auftritt mit bebilderten Texten im Umfang von digitalen Zeitungen im Internet, Aufbau von umfangreichen Mediatheken, Ausbau der neuen digitalen Kanäle, Planung eines Nachrichtenkanals, vermehrte Produktion von Formaten im um 20 % teureren HDTV-Format. Der Trend ist klar sichtbar: Alles machen, überall dabei sein, egal, was es kostet und ob es schon ein ausreichendes Angebot auf dem freien Markt gibt. Der Gebührenzahler wird es schon richten, und deshalb steigen die Gebühren immer weiter.

Meine Damen und Herren, die großen Sender ARD und ZDF wandeln sich jedoch immer mehr zu Unterhaltungskanälen und orientieren sich immer stärker an dem, was Quote bringt.

Informationen lagert man vermehrt zu den dritten und zu den neuen digitalen Spartenkanälen aus. Mit wirtschaftlichem Risiko von der privaten Konkurrenz entwickelte Formate mit hoher Quote werden erst kritisiert und dann gnadenlos von den öffentlich-rechtlichen Sendern kopiert.

Schon lange gibt es auch bei ARD und ZDF gebührenfinanzierte Boulevardmagazine. Nach Harald Schmidt kaufte man nun Oliver Pocher hinzu. Nunmehr soll auch der Juror der ProSieben-Fernsehshow „Germany's Next Topmodel“, Bruce Darnell, ab dem 12. Februar 2008 im Vorabendprogramm der ARD eine tägliche Coachingshow moderieren.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Gleichzeitig macht sich der WDR-Radiosender 1LIVE alltäglich neben Lukas Podolski auch über eben diesen Bruce Darnell auf niedrigstem journa-

listischem Niveau lustig. Andererseits wurden Nachrichtenmagazine zusammengestrichen.

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Strukturfragen im Blick behalten, insbesondere die Expansion im Onlinebereich, wo die Selbstverpflichtung der 0,75-%-Grenze des Etats längst überschritten worden ist.

Zweite wichtige medienpolitische Fragestellung: Wie werden zukünftig Frequenzen vergeben und genutzt? Die EU-Kommissionspläne haben nicht zu Unrecht zu massiven Protesten in der deutschen Medienlandschaft geführt. Wir sagen: erst Rundfunk, dann Nutzung für andere Techniken, wie etwa Breitbandversorgung auf dem Lande durch Telekommunikationsunternehmen.

Dritter wichtiger Punkt ist die Gestaltung der Zukunft des digitalen terrestrischen Hörfunks. Hier brauchen wir schleunigst Bewegung. Es kann in der heutigen Zeit des technischen Fortschritts nicht sein, dass in Nordrhein-Westfalen neben sechs WDR-Sendern und BFBS nur eine lokale private Hörfunkkette existiert, an der wiederum der WDR mit 25 % beteiligt ist. Wir können es im Medienland Nordrhein-Westfalen nicht hinnehmen, dass die Umsetzung einer zweiten Kette von radio NRW an fehlenden freien Frequenzen scheitert, während beim WDR eine Überversorgung vorliegt. Deshalb müssen die Erkenntnisse des Gutachtens „Versorgungssituation UKW-Hörfunk in Nordrhein-Westfalen“ der Deutschen Telekom AG und der Hochfrequenztechnik von 1998 als erste tragfähige Grundlage ausgewertet und weiterentwickelt werden.

Viertens. Wir setzen uns aktiv für eine flächendeckende Breitbandversorgung auch auf dem Lande ein. Eine wichtige Rolle bei der Netzabdeckung im ländlichen Raum kommt dabei, wie wir mit Anträgen der Koalition der Erneuerung bereits deutlich gemacht haben, neben der relativ kostenintensiven Satellitenversorgung den bestehenden alternativen Funktechnologien wie dem drahtlosen WiMAX zu.

Fünftens. Der Jugendmedienschutz ist der letzte wichtige Aspekt, den wir im Medienbereich im nächsten Jahr im Auge behalten sollten. Die Evaluierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages muss jetzt genutzt werden, um einen noch effektiveren Jugendmedienschutz zu erreichen, ohne die Medienunternehmen unverhältnismäßig und unsinnig zu belasten.

Den Missbrauchsgefahren durch moderne Mediennutzung muss ein effektiver Jugendmedienschutz aus einem Zusammenspiel von technischen Schutzmechanismen, Selbstregulierung

und selbstverständlich auch Medienkompetenzförderung entgegengesetzt werden. Hierzu wurden im letzten Jahr bereits viele wichtige Initiativen angestoßen und fortentwickelt. Viele Angebote bei der Medienkompetenzförderung kommen aber noch zu wenig bei den Menschen an. Deshalb sehen wir weiteren Aktionsbedarf.

Im nächsten Jahr streben wir deshalb unter anderem an, dass beim medienfest.nrw im Kölner MediaPark, das im Rahmen des NRW-Medienforums stattfindet, das Thema Medienkompetenz einen weiteren Schwerpunkt darstellt. Eltern, Lehrer und Kinder müssen neben Information und Aufklärung durch Medienunternehmen und zuständige Stellen selbst die Möglichkeit erhalten, technische Neuigkeiten eigenhändig unter fachlicher Anleitung auszuprobieren.

Ich komme zu meiner letzten Bemerkung an dieser Stelle, nämlich zum ausdrücklichen Angebot an alle Medienpolitiker, gemeinsam die Entwicklung beim Thema Rundfunkgebühren im Auge zu behalten. Das wird angesichts des quantitativen Volumens sicherlich die wichtigste Finanzentscheidung sein. Es gibt Verwaltungskosten in Höhe von 160 Millionen €. In den Gesprächen, die die Ministerpräsidenten führen, und die wir auch parlamentarisch mit unseren Aktivitäten begleiten sollten, muss der Knoten durchgeschlagen werden, um zu einer neuen, zukunftsfähigen Regelung zu kommen. Eine Medienabgabe zum Beispiel wäre eine effizientere, transparentere und gerechtere Art der Rundfunkfinanzierung, die auch die kostenintensive Gebühreneinzugszentrale GEZ nicht mehr erforderlich macht.

Entscheidend ist aber, dass Bürger wie Unternehmen, die Medien naturgemäß nur an jeweils einem Ort nutzen können, nicht mehrfach Gebühren für ein- und dieselbe Mediennutzung zahlen müssen. Daran sollten wir alle arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt sind wir an einem Punkt angekommen, der uns allen mehr Schmerzen bereitet als die Kultur. Wir haben eben leider kein Profil mehr; wir haben auch kein Personal mehr in diesem Bereich. In NRW gibt es im Grunde kaum noch Medienpolitik. Angesichts der Anstrengungen der Vorgängerregierung ist das schon ein ziemlicher Absturz.

Uns bleibt allein das Abarbeiten der FDP am öffentlich-rechtlichen Rundfunk – immer wieder mit denselben gebetsmühlenartig vorgetragenen Vorwürfen, ohne zu erwähnen, dass der Privatrundfunk in diesem Jahr über Einnahmen von 6,7 Milliarden € verfügt und über 1,1 Milliarden € Gewinn macht. Es handelt sich also durchaus um eine respektable Branche, die sich mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sogar zahlenmäßig – zumindest was die Einnahmen betrifft – messen kann.

Das ganze Gejammer über die Aktivitäten im Onlinebereich ist natürlich auch nicht nachvollziehbar, weil es doch gut ist, dass es neben dem vielen Schund im Internet werbefreie, gut recherchierte und kluge journalistische Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gibt.

(Beifall von der SPD)

Die entsprechende Quote von 0,84 % der gesamten Kosten liegt etwas über den vereinbarten 0,75 %. Aber ich erinnere mich: Auch der CDU-Medienministerpräsident dieses Landes, Dr. Jürgen Rüttgers, hat sich für die Aufhebung dieser engen Grenze eingesetzt, weil auch er natürlich den Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks lange erkannt hat und weiß, dass diese öffentlich-rechtlichen Anstalten für unsere Gesellschaft und für das demokratische, friedliche Miteinander von existenzieller Bedeutung sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Vergleich: Die BBC in England gibt fast 4 % für Onlineaktivitäten aus. Sie sehen, Kolleginnen und Kollegen, da sind ganz andere Dimensionen im Spiel.

Wir haben es zu tun mit einer wirklich dramatischen Situation im Land. Der angesprochene Fonds der NRW.BANK zur Filmförderung ist de facto bisher nicht in Betrieb.

(Ralf Witzel [FDP]: Er ist eine gute Sache!)

– Ja, schön, auf dem Papier, Herr Witzel. Aber es passiert nichts. Wenn Sie nachfragen – ich habe es getan –, merken Sie: Es passiert nichts.

Dagegen kürzen Sie die Mittel der Filmstiftung. Wenn wir dann sagen: „Tut da doch noch eine Million drauf, es ist doch sinnvoll, die Filmförderung in diesem Land hochzuhalten, die Filmförderung in NRW ist die europaweit erfolgreichste Filmförderung“, zeigen Sie Kleinmut, obwohl es an dieser Stelle leicht wäre, etwas großmütiger und etwas großzügiger zu agieren.

Ich kann überhaupt nicht begreifen, wie Sie vorgehen wollen. Wir haben seit Wochen keinen Verantwortlichen mehr, der Ansprechpartner in der Medienpolitik ist; Kollege Eumann hat es angesprochen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP] zeigt auf Minister Andreas Krautscheid.)

Herr Brinkmeier, herzlichen Dank für die Zusammenarbeit auch im Namen vom Kollegen Eumann; das darf ich so sagen. Wir haben aber leider auch für Sie bisher keinen Nachfolger oder keine Nachfolgerin benannt bekommen. Das heißt, wir sind medienpolitisch in einer völligen Dialoglosigkeit. Wir können gar nicht politisch miteinander darüber reden, weil es die verantwortlichen Ansprechpartner weder auf Fraktionsebene noch auf Regierungsebene gibt. Jetzt kann man sagen: In Übergangszeiten ist das so. – Aber bei einer Koalition, die auch an dieser Stelle eher eine Koalition der Ernüchterung ist,

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Der Erneuerung!)

ist das für uns natürlich auf Dauer keine politisch wirklich akzeptable Situation.

In anderen Punkten werden wir uns schneller einig, Herr Witzel. Die Breitbandversorgung ist sicherlich ein Thema, über das man sich gut miteinander verständigen kann. Das gilt, glaube ich, im Grundsatz auch für den Jugendmedienschutz. Achtung: Hier haben die Privaten eine enorme Verantwortung, nicht vergessen. Gucken Sie mal, was die Öffentlich-Rechtlichen in dem Bereich leisten, was an Publikationen, an Lehrerhilfemaßnahmen usw. herausgegeben wird, um das zu unterstützen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Sie aber – das ärgert mich schon – haben unsere Jugendmedienkompetenztage, diese Veranstaltung im Landtag, bei der junge Leute gezeigt haben, wo sie sich in diesem Feld engagieren, und wo unsere verschiedenen Einrichtungen gezeigt haben, was sie für die jungen Menschen und das Thema Medienkompetenz tun, ersatzlos abgeschafft. All das findet nicht mehr statt. Ihr Argument waren Kostengründe. Wir führen eine Haushaltsdebatte. Ich ermutige Sie, im nächsten Jahr noch einmal darüber nachzudenken und im Haushalt spätestens für das übernächste Jahr wieder Geld für diese wichtigen Aktivitäten im Land einzustellen.

Die Medienpolitik ist bei Ihnen also leider überhaupt kein Thema mehr. Wir haben vorher viel

darüber geredet. Es ist ein wichtiges Thema. Merken Sie denn nicht, dass in Brüssel darüber nachgedacht wird, dieses Thema noch stärker in die Brüsseler Kompetenzen zu ziehen? Gott sei Dank hat das CSU-regierte Bayern schon reagiert und gesagt: Nicht mit uns! Wir lassen uns von Brüssel die Medienpolitik nicht wegnehmen. – Aus NRW hört man auch dazu nichts, jedenfalls nichts von denen, die im Moment hier das Sagen haben. Das ist wirklich schade und für die Opposition ganz besonders bedauerlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Krautscheid das Wort.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was wir in den letzten Minuten gehört haben, geht völlig an der Wirklichkeit der Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen vorbei.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Keymis, wenn Sie dem Ministerpräsidenten beim Medienforum zugehört hätten – Sie haben ihm zugehört, aber Sie haben es sich nicht gemerkt –, wüssten Sie, dass er genau zu diesem Punkt gesprochen hat.

Herr Eumann, wie üblich: dreieinhalb wolkige Minuten Ihrer 5 Minuten zum Thema Lamento, warum seit vier Wochen eine Stelle nicht besetzt ist. Zeigen Sie mir jemanden aus der Medienszene Nordrhein-Westfalens, der in den letzten vier Wochen bei mir vergeblich nach einem Termin gefragt hatte: Wir stehen zur Verfügung.

(Lachen von der SPD)

– Entschuldigung, es passiert doch. Ich führe doch die Gespräche.

Dann haben Sie eine halbe Minute verbraucht, weil ein Druckfehler, ein falscher Titel, in einer Broschüre steht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Druckfehler?)

Eine halbe Minute Gesumse.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Gesumse?)

Das ist Ihre Medienpolitik: wolkiges Geschwafel. Ein echter Eumann. Lyrik stark, Logik schwach. So ist Ihre konzeptionelle Arbeit.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Ganz vorsichtig, Herr Kollege! Achten Sie auf Ihre Sprache!)

Sie beschäftigen sich in Ihren medienpolitischen Pressemitteilungen ...

(Wolfram Kuschke [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, Herr Kuschke, jetzt nicht; wir haben uns heute reichlich unterhalten.

Sie beschäftigen sich in Ihren medienpolitischen Presseerklärungen mit den Berufsaussichten einer bayerischen Landrätin. Ansonsten verteilen Sie in Nordrhein-Westfalen bräsige Ersatzstücke aus den medienpolitischen Reden von Kurt Beck. Lieber Herr Eumann, das reicht nicht für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen. Sie sind kilometerweit weg von der Wirklichkeit der Medienunternehmen in Nordrhein-Westfalen. Die sind erfolgreich wie nie und fühlen sich bei ihrer Arbeit durch diese Landesregierung ganz hervorragend unterstützt.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister Krautscheid, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen Kuschke?

Andreas Krautscheid, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Nein, ich möchte weiter vortragen.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Oh!)

Herr Eumann, ein weiteres typisches Beispiel. Sie sagen, wir hätten die 300.000 € Unterstützung bei der NRW.Bank gestrichen. – Diese Mittel waren im letzten Jahr für eine Informationsstelle vorgesehen. Wenn Sie ein bisschen aufgepasst hätten, hätten Sie gemerkt, dass wir in Nordrhein-Westfalen unsere Wirtschaftsförderstrategie neu ausgerichtet haben,

(Zurufe von der SPD)

dass wir zum ersten Mal in einem neuen Mediencenter neue Fördermöglichkeiten für die Medienindustrie in Nordrhein-Westfalen eröffnen. Da kommen diese 300.000 € natürlich rein. Das ist ordnungspolitisch sauber. Das ist sinnvoll. Diese Entwicklung haben Sie verschlafen; das ist Ihr Problem.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will Ihnen noch etwas sagen: Wir machen diese Förderstrategie und die Clusterbildung nicht an der Branche vorbei.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Ich habe vor wenigen Wochen in zwei großen Branchengesprächen über 50 Unternehmen und Verbände bei mir in der Staatskanzlei gehabt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Danach waren Sie weg!)

Wir haben darüber gesprochen, was die Themen der zukünftigen Wettbewerbe in den Medien sein sollen. Wir haben eine Stärken- und Schwächenanalyse zum Medienstandort Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben, die wir in Kürze vorstellen können. Das alles sind Vorbereitungen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Zurzeit bereiten wir die Ausschreibung der Clustergeschäftsstelle vor. Es tut mir leid, ich muss Ihnen das alles erzählen. Wenn Sie sich ein bisschen mit den Medienschaffenden unterhalten würden, wüssten Sie, wie intensiv der Dialog mit der Landesregierung ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Wie intensiv Gutachten vergeben werden!)

Aber offenbar reden Sie nicht mit denen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: die Filmstiftung. Herr Keymis hat gesagt: Tut doch eine Million € drauf. – Meine Damen und Herren, diese Filmstiftung ist die am besten ausgestattete Filmförderanstalt aller Länder in Deutschland.

(Beifall von CDU und FDP)

Weder Bayern noch Potsdam, sondern Nordrhein-Westfalen stellt die meisten Mittel zur Verfügung.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber sie war mal besser ausgestattet!)

Durch einen Haushaltsvermerk haben wir zugestanden, dass die Mittel, die aus wirtschaftlich besonders erfolgreichen Produktionen zurückfließen, nicht in den allgemeinen Haushalt zurückgehen, sondern in der Filmstiftung bleiben und für neue Projekte verausgabt werden können. Wir glauben, dass die Filmstiftung erfolgreich damit umgeht.

Nur in einem Punkt sind wir uns nicht einig, Herr Eumann. Sie wissen, dass wir deswegen eine externe Untersuchung der Arbeit der Filmstiftung in Auftrag gegeben haben.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Andreas Krautscheid, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Nein.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie möchten in Ihrer Rede nicht unterbrochen werden.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich möchte einen wesentlichen Effekt bei der Filmförderung verändern, meine Damen und Herren. Wir wollen nicht, dass mit den Steuergeldern aus Nordrhein-Westfalen in Zukunft weiter sehr interessante internationale Projekte gefördert werden, die ihren eigentlichen Produktionsschwerpunkt zum Beispiel in München oder in Potsdam haben und für kurze Zeit in Nordrhein-Westfalen zu Gast sind.

(Beifall von der CDU)

Wir wollen unseren Filmproduzenten mit Steuergeldern aus Nordrhein-Westfalen helfen und niemandem in Bayern.

Ich möchte Ihnen ganz kurz einige Beispiele für Initiativen der Landesregierung geben, weil Sie sagen: Da passiert ja nichts. – Wir sind im Gespräch mit den Produzentenverbänden zur Novellierung des FFG. Ich rede, damit haben Sie recht, mit dem Staatsminister für Kultur, Bernd Neumann, über die Veränderung seiner Förderkriterien beim Bundesfilmfonds.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Sie sumsen die Unwahrheit, Herr Kollege!)

Wir reden darüber, wie zum Beispiel in Zukunft die Zuschnitte bei der digitalen Hörfunkmodernisierung sein müssen,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie reden sich vor allem die Welt schön!)

damit unsere bewährte Hörfunklandschaft auch in der digitalen Zeit weiter fortgeführt werden kann. Wir – einschließlich des Ministerpräsidenten – sind in Gesprächen mit Verlegern und mit Rundfunkveranstaltern in Bezug auf die Frage, wie man die Zukunft im Internet gemeinsam gestalten kann.

Wir haben Vertreter der Games-Branche in der Staatskanzlei mehrfach in Arbeitskreissitzungen zu Gast gehabt, um diesen wichtigen, neuen Industriezweig zu fördern.

Ich kann Ihnen eine Vielzahl von Initiativen dieser Landesregierung präsentieren. Lieber Herr Eumann, wenn Sie denn mehr hier und weniger in Berlin unterwegs wären, wüssten Sie: Der Medienbranche in Nordrhein-Westfalen geht es gut, und sie wird nach besten Kräften und sehr erfolgreich von dieser Landesregierung unterstützt. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Krautscheid. – Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, würde ich zum Verfahren gerne eine Bemerkung machen: Wir sind jetzt etwa eineinhalb, fast zwei Stunden über der vereinbarten Redezeit. Stellen Sie sich also bitte darauf ein, dass, wenn wir mit diesem abenteuerlichen Tempo fortfahren, Mitternacht ein realistischer Termin ist, an dem dieses Plenum zu Ende geht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und das ist eine belastbare Prognose. Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, dass diejenigen, die eine Rede schriftlich vorbereitet haben, diese auch schriftlich zu Protokoll geben.

(Beifall von CDU und FDP)

– Der Applaus stimmt einen optimistisch, aber mein Vorschlag geht an alle Fraktionen und nicht nur an einen Teil.

Meine Damen und Herren, jetzt konzentrieren wir uns auf die **Abstimmungen zu Einzelplan 02**.

Wir beginnen mit der laufenden Nummer 34: **Änderungsantrag Drucksache 14/5658** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das sind die SPD und der Abgeordnete Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 35: **Änderungsantrag Drucksache 14/5659** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dafür? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel. **Abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 36: **Änderungsantrag Drucksache 14/5660** der Grünen. Wer ist dafür? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 37: **Änderungsantrag Drucksache 14/5615** der SPD. Wer ist dafür? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 38: **Änderungsantrag Drucksache 14/5616** der SPD. Wer ist dafür? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 39: **Änderungsantrag Drucksache 14/5617** der SPD. Wer ist dafür? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt.**

Wir kommen zur laufenden Nummer 40: **Änderungsantrag Drucksache 14/5618** der SPD. Wer ist dafür? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Mit Mehrheit **abgelehnt.**

Wir kommen zur laufenden Nummer 41: **Änderungsantrag Drucksache 14/5619** der SPD. Wer ist dafür? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt.**

Wir kommen zur laufenden Nummer 42: **Änderungsantrag Drucksache 14/5620** der SPD. Wer ist dafür? – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel. **Abgelehnt.**

Meine Damen und Herren, dann kommen wir jetzt zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 02** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5502** ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen.**

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen jetzt zum **Einzelplan 04:**

Justizministerium

Bevor ich die Beratung eröffne, weise ich noch darauf hin, dass es hierzu eine Beschlussempfehlung und einen Bericht Drucksache 14/5504 sowie Änderungsanträge der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gibt, die Ihnen mit den laufenden Nummern 44 bis 46 vorliegen.

Ich habe Wortmeldungen und eröffne die Debatte mit dem Wortbeitrag des Kollegen Sichau für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den Justizhaushalt zu reden, heißt auch, darüber zu reden, was in diesem Haushaltsplan nicht steht. Das ist das, was diese Regierung noch im März 2005 versprochen hat. Und darauf hat erst noch am 15. November dieses Jahres der Deutsche Richterbund, dessen Vorsitzende die jetzige Justizministerin bis 2005 war, ganz deutlich hingewiesen. Der Ministerpräsident ist aufgefordert worden, Wort zu halten.

„Noch in der Opposition“

so lautet das Zitat,

„hat die CDU in ihren Bochumer Beschlüssen zur Landtagswahl vom März 2005 erklärt: ‚Der Abbau von Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen wird sofort gestoppt‘. Tatsächlich will die Regierung aber genau Stellen abbauen, deren Erhalt sie vorher zugesagt hat. Im Jahre 2008 sollen 78 Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen gestrichen werden. Insgesamt sollen in der Justiz“

– da ist allerdings der nichtrichterliche Dienst einbegriffen –

„über 1.000 Stellen gestrichen werden.“

Da helfen auch keine wegfallenden kw-Vermerke. Das sind Versprechungen, die Sie bis 2010 verfolgen werden. Und Sie werden sie nicht umsetzen können. Sie haben schlichtweg etwas versprochen, was Sie nicht halten können.

(Beifall von der SPD)

Wir nennen das politische Bipolarität, früher nannte man das Schizophrenie.

Die Quittung ist gekommen. Es gab eine große Demonstration in einem Filmtheater hier nebenan. Das war die größte in der Bundesrepublik nach dem Krieg, und dort wurde noch einmal dargestellt, dass Sie etwas versprochen und nicht gehalten haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir haben zum Warnschussarrest diskutiert – nicht allein hier in Düsseldorf, sondern auch in Berlin. Dabei ist herausgekommen, dass alle Fachleute dieses Mittel für untauglich halten, zumindest seine Tauglichkeit bezweifeln.

(Widerspruch von Harald Giebels [CDU] und Dr. Robert Orth [FDP])

– Das ist so. Schauen Sie sich doch an, Herr Dr. Orth – Sie waren doch in Berlin –, was die Experten dazu gesagt haben, und zwar sehr dezidiert. Sie haben dann noch gesagt, dass das die Krone des Ganzen war. Wenn man es nun gegen alle Bedenken machen würde, dann wäre man nicht sicher, dass dieser Warnschussarrest auch zielgerichtet eingesetzt würde. – Das war sozusagen die Spitze der Gegenargumentation. Ich darf das in Erinnerung rufen.

Aber das Ganze ist auch gar nicht diskussionsfähig, weil es dafür keine Kapazitäten gibt, auch wenn Frau Müller-Piepenkötter sagt, sie habe für den Arrest Gerresheim ans Netz gebracht. – Das war gut und richtig; das will ich überhaupt nicht bestreiten. Sie müssen dann aber auch den anderen Teil nennen, nämlich den, dass dadurch Plät-